

Verbundkatalog Kalliope

Artikel in: Sie und Er.

Können die Polen ihren deutschen Landzuwachs verdauen? Zwischenbilanz einer Reise durch die "wiedergewonnenen Provinzen".

Mann, Erika

1947-10-10

Nutzungsbedingungen

Bei zahlreichen Dokumenten auf monacensia-digital.de sind die Urheberrechte bereits abgelaufen. Sie sind gemeinfrei und dürfen ohne weitere Rücksprache mit der Monacensia weiterverwendet werden.

Bei den Dokumenten, bei denen noch Urheberrechte bestehen, müssen für eine Weiterverwendung stets die Rechteinhaber*innen angefragt werden sowie eine Publikationsgenehmigung der Monacensia eingeholt werden. Das Zitatrecht bleibt hiervon unberührt.

Zur Erteilung einer Publikationserlaubnis wenden Sie sich bitte an:

Monacensia im Hildebrandhaus
Literaturarchiv
Adresse: Maria-Theresia-Straße 23, 81675 München
E-Mail: monacensia.literaturarchiv@muenchen.de

Terms of use

The copyrights for numerous documents on monacensia-digital.de have already expired. They are in the public domain and may be reused without further consultation with Monacensia. In the case of documents for which copyrights still exist, the copyright holders must always be contacted for further use and publication permission must be obtained from the Monacensia. The right to quote under copyright law remains unaffected by this. To obtain permission for publication, please contact:

Monacensia im Hildebrandhaus:
Literaturarchiv
Address: Maria-Theresia-Straße 23, 81675 München
E-Mail: monacensia.literaturarchiv@muenchen.de

Können die Polen ihren deutschen Landzuwachs verdauen?

Zwischenbilanz einer Reise durch die «wiedergewonnenen Provinzen»

Polen begründet seine Gebietsansprüche.

Polen bezeichnet die von ihm in Besitz genommenen, ehemals deutschen Landesteile Niederschlesien, Pommern, Danzig, das südwestliche Ostpreußen und Teile von Brandenburg als «wiedergewonnenen Provinzen», und legt bei der Begründung seiner Gebietsansprüche besonderes Gewicht auf drei Punkte: 1. Diese Provinzen sind alter polnischer Volksboden, den Deutschland seit 1000 n. Chr. durch Angriffskriege allmählich eroberte. 2. Sie sind für Polen unentbehrlich, während Deutschland auch ohne sie leben kann. 3. Deutschland zog aus diesen Gebieten nie den größtmöglichen Nutzen. Dagegen ist Polen willens und fähig, sie zu seinem und Europas Vorteil bestens zu entwickeln und auszunutzen.

Über die ausführliche historische Begründung der polnischen Gebietsansprüche läßt sich streiten (Punkt 1). Allein, es steht fest, daß das neue Polen ohne die «wiedergewonnenen Provinzen» nicht lebensfähig wäre, und daß es niemals in eine Verlegung seiner neuen Westgrenze einwilligen wird. Dabei ist ihm die Unterstützung durch die Sowjetunion gewiß. Beide Staaten betrachten die Erklärung Roosevelts, Churchills und Stalins vom 11. Februar 1945 in Jalta als überholt. Darin hieß es, die polnische Westgrenze solle erst auf der Friedenskonferenz endgültig festgelegt werden. Infolgedessen neigen Deutschland und gewisse Kreise in Amerika und England dazu, die Rechtmäßigkeit der von ihnen bisher nicht anerkannten Grenzregelung auf der Oder-Neiße-Linie anzuzweifeln. Man kann deshalb erwarten, daß auf der Friedenskonferenz um diese Frage heiße Kämpfe entbrennen werden.

Polen mußte fast die Hälfte seiner Staatsgebiete von 1939 an die Sowjetunion abtreten (181 000 km², das mit 101 000 km² 32 % seines jetzigen Hoheitsgebietes ausmachen und 30 % seiner Bevölkerung (insgesamt 24 Millionen) zu fassen vermögen. Ihr Wert wurde in Potsdam auf neun Milliarden Dollars geschätzt, liegt aber vermutlich noch höher. Er ist infolge von Zerstörungen und andern Kriegsfolgen schwer genau zu berechnen. Dank seiner Gewinne im Westen ist Polen, trotz seiner hohen Verluste an Menschen (8 Millionen), Staatsgebiet und andern materiellen Werten, heute reicher als je zuvor in seiner blutigen Geschichte. Ja, es darf als einer der reichsten Länder Europas gelten.

Nach der eingangs erwähnten, zweiten polnischen Behauptung kann Deutschland auch ohne die verlorenen Landesteile leben. Dieses erklärt dagegen, es habe mit seinen fruchtbaren Ostprovinzen die zur Ernährung Mittel- und Westdeutschlands unentbehrliche Kornkammer und Milchzentrale eingebüßt. Dem widerspricht Polen mit folgenden offiziellen Darlegungen: Obwohl diese Gebiete an Rohstoffen und Industrien reich seien, hätten sie sogar während Deutschlands angestrengtesten Kriegsvorbereitungen 1939 nur 10 % seiner industriellen Gesamtproduktion geliefert. (An der polnischen sind sie jetzt mit 46,8 % beteiligt.) Die Lebensmittelausfuhr ins Reichsinnere habe, laut deutschen Statistiken aus einer Zeit besonders guter Ernten (1927/28), weniger als 3 % des deutschen Gesamtbedarfs ausgemacht. Einige Gründe für diese geringen Produktionsziffern seien: ungenügende Bewässerung, Unterbevölkerung auf dem Lande, Landflucht der Bauern in die Städte, Outflow der Bevölkerung nach Mittel- und Westdeutschland, ferner die Tatsache, daß Deutschland seinen Lebensmittelbedarf durch die vergleichsweise billigen Importe aus Übersee gedeckt habe. Es wird zugegeben, daß Deutschland nach 1933 sehr viel getan habe, um die Produktion seiner Ostprovinzen zu steigern. Aber die Behauptung, diese hätten 20 bis 25 % des deutschen Lebensmittelbedarfs gedeckt, wird heftig bestritten.

Der Wiederaufbau schreitet fort

Wie steht es nun mit der Fähigkeit Polens, die schwierigen Probleme in den «wiedergewonnenen Provinzen» zu meistern und diese zur bestmöglichen Nutzbarkeit zu entwickeln (Punkt 3)? Zweieinhalb Jahre sind eine viel zu kurze Zeitspanne, als daß in ihr das weitgesteckte Ziel hätte erreicht werden können. So gleichen denn auch die äußersten westlichen Randgebiete streckenweise noch einer Geisterlandschaft mit ausgestorbenen Dörfern, brachliegenden Äckern und sehr reparaturbedürftigen Straßen. Aber etwas weiter östlich im Landesinneren arbeiten Männer, Frauen und Kinder angestrengt auf den Feldern, Bautrupps setzen die Landstraßen instand, und in

Es gibt in letzter Zeit nicht viel Erbauendes aus den «Volksdemokratien» zu melden. Umso mehr freuen wir uns, hier von positiven Dingen aus Polen berichten zu können.

Von Erika Mann

den Industrierevieren zeugen die rauchenden Schloten vom Willen Polens, den jetzt im zweiten Jahre stehenden Dreijahresplan um jeden Preis zu verwirklichen und womöglich zu übertreffen.

In den «wiedergewonnenen Provinzen» lebten vor dem Krieg zwölf Millionen registrierte Einwohner. Heute sind es annähernd fünf Millionen, von denen sich je ein Drittel aus polnischen Siedlern aus dem an die Sowjetunion abgetretenen Gebiet, aus Heimkehrern aus dem Ausland und aus den sogenannten Autodhroon zusammensetzt. Diese sind ehemalige Deutsche, die man indessen nicht als Zugewanderte, sondern auf Grund ihrer Abstammung als echte Sprossen Polens betrachtet. Ihre Zahl beträgt 1,070 Millionen. Die Bewohner der neuen Provinzen leisten an die Gesamtwirtschaft der Landes einen Beitrag, der sich dem der beiden andern Drittel Polens nähert. Vom Kohlen-Produktionstotal (gegenwärtig 4,5 Millionen Tonnen pro Monat), stammen 33 % aus den «wiedergewonnenen Provinzen». Für Eisenbahnwagen beträgt der Anteil 50 %, für Eisen 25 %, für Stahl 10 %. Im Jahre 1946 betrug die polnische Kohlenproduktion 47,3 Millionen Tonnen (gegenüber einem Soll von 46 Millionen Tonnen). Das Produktionsziel für 1947 beträgt 57,5 Millionen Tonnen. Für das dritte Planjahr 1949 erwartet man eine Minimalproduktion von 77,5 Millionen Tonnen, das wäre das Doppelte der polnischen Friedensproduktion im letzten Vorkriegsjahre.

Polen ist gegenwärtig der größte europäische Kohlenexporteur, was für die europäische Wirtschaft äußerst wichtig ist. Es liefert sogar Kohlen nach Großbritannien, was an das englische Sprichwort: «To bring coal

to Newcastle» erinnert. Die Schweiz bezog 1946 aus Polen rund 258 000 Tonnen Steinkohlen und Koks. Für 1947 ist ein Kohlenimport von 600 000 Tonnen vorgesehen. Wer die polnischen Förderungs- und Ausfuhrziffern verfolgt, muß zugeben, daß es sich hierbei nicht um Propaganda, sondern um eine höchst anerkanntswürdige Leistung handelt. Diese ist umso eher bewundernswert, wenn man sich an den Zustand erinnert, in dem Polen 1945 die Gruben und Häfen in den «wiedergewonnenen Provinzen» übernahm. Die Kohlenbergwerke waren überflutet. Es herrschte ein schwerer Mangel an Bergleuten und Ausrüstung. Das Verkehrssystem war katastrophal beschädigt. Die Häfen von Szczecin (Stettin), Gdansk (Danzig) und Gdynia (Gdingen) schienen unreparierbar zerstört. Heute bewältigen sie wieder etwa 70 % ihrer Kapazität mit nur 60 % ihrer Quais und 30 % ihres wiederhergestellten oder ersetzten Maschinenparks.

Die Regierung macht dem Landvolk Zugeständnisse

Die Regierung versucht mit allen Mitteln, die Bauern und Siedler, namentlich in den «wiedergewonnenen Provinzen», bei guter Arbeitelune zu erhalten. Zu diesem Zwecke hat sie, ganz im Gegensatz zu den Anschauungen der sie kontrollierenden Kommunisten, der polnischen Landbevölkerung und dem Volk überhaupt, eine Reihe von Zugeständnissen gemacht, von denen drei hervorgehoben werden sollen.

1. **Konzession:** Während im neuen Polen 98 % der Industrien nationalisiert wurden (vgl. 55 % in der Tschechoslowakei, 25 % in

England), sah die Regierung von einer Kollektivierung der Bauernsamen und von der Produktionskontrolle ab. Die Großgrundbesitzer wurden enteignet und ihr Besitz den Bauern gegeben, die bisher keine Steuern zu bezahlen brauchten. Neusiedler aus den Ostgebieten und aus Mittelpolen, von denen viele nie zuvor eine ha ihr Eigen genannt hatten, erhielten in den neuen Provinzen Landbesitz. Die Bauern müssen zwar ihre Erntequoten erreichen und einen Teil davon zu bestimmten Preisen abliefern. Die Anteile bestimmt aber nicht der Staat, sondern eine lokale Bauernagentur. Der tief eingewurzelte Individualismus des polnischen Bauern würde eine strenge Regierungskontrolle unmöglich machen. Man will verhindern, daß sich die Landbevölkerung unterdrückt fühlt und ihre Zuflucht im passiven Widerstand sucht.

2. **Konzession:** Das Fehlen einer Produktionskontrolle schließt auch eine völlig kontrollierte Lebensmittelverteilung aus. Um aber wenigstens einem Teil des Volkes ein Lebensmittel-Minimum zu annehmbaren Preisen zu sichern, gab die Regierung acht Millionen Rationierungsausweise aus. Diese bezeugen die Regierungsgestellten und Arbeiter, Wissenschaftler und andere als «für die Nation wichtige» betrachtete Leute zum Bezug von drei verschiedenen, nach der nationalen Bedeutung abgestuften Rationarten. Die Karteninhaber können etwa 65 % des Lebensmittelminimums auf dem «kontrollierten Markt» befriedigen, dessen Preise verhältnismäßig billig sind (11 Zlotys für ein Pfund Butter). Weitere 15 % können sie auf dem «freien Markt» decken (200 Zlotys für 1 Pfund Butter). Die restlichen 20 % vermögen sie gewöhnlich nicht aufzutreiben. Die 13 Millionen Bauern erhalten keine Rationierungsausweise. Man nimmt an, daß sie von ihrer landwirtschaftlichen Produktion und von ihren Bezügen auf dem «freien Markt» leben. Dies tun sie im allgemeinen auch mit Erfolg und mißbilligen das herrschende System nicht. Die restlichen drei Millionen Polen, die keine Lebensmittelkarten erhalten, national nicht wichtige Arbeiter, Privatangestellte und Kaufleute, hängen ganz vom «freien Markt» ab, auf dem Schwarzhändler und Geldschieber riesige Gewinne erzielen. Ein Teil von ihnen lebt besser und ißt mehr als jeder andere Europäer.

3. **Konzession.** Die Regierung gewährt dem Volk völlige Religionsfreiheit. (Gemäß dem letzten Hirtenbrief von Kardinalprimas Hlond erleidet die Kirche trotzdem nicht unbeträchtliche Schikanen. Die Red.) Dieses Zugeständnis hat für die Bauern größere Bedeutung als für die Städter. Die Regierung fürchtet anscheinend irgendwelche ihr feindliche Einflüsse der Geistlichkeit weniger, als die Folgen einer Einschränkung der Religionsfreiheit. Denn die polnische Landbevölkerung ist sehr fromm. Die katholische Kirche, der kein einziger Quadratmeter ihres beträchtlichen Grundbesitzes enteignet wurde, übt namentlich auf dem Lande und hauptsächlich im Erziehungssektor einen sehr starken Einfluß aus. Am sichtbarsten äußert sich die Macht der Kirche über die Bevölkerung in Czestochowa (Tschetschowa), das für sein aus dem 13. Jahrhundert stammendes Kloster mit der wunderthätigen «Schwarzen Madonna» berühmt ist. Vor ihr knien zweimal täglich Hunderte von Gläubigen aus der näheren und weiteren Umgebung zum Gebet nieder. An jedem Sonntag pilgern aus allen Landesteilen etwa 10 000 Katholiken, meist Landleute, nach dieser Stadt. Viermal im Jahr führen hohe Feiertage jeweils eine Million Polen nach Czestochowa, das sich dann in einen Jahrmarkt mit Verkaufsbuden, Erfrischungsständen und Bazars verwandelt.

Der katholische Erzbischof von Westminster, Kardinal Bernard Griffin, hat nach einem Besuch der «wiedergewonnenen Provinzen» im Laufe dieses Sommers erklärt: «Ich bin erfüllt von Bewunderung für die historischen Anstrengungen Polens, das sich diese Gebiete binnen so kurzer Zeit einordnete. Starken Eindruck haben auf mich der Anblick der großen Leistungen auf wirtschaftlichem Gebiet und die Besiedelung der «wiedergewonnenen Provinzen» mit polnischer Bevölkerung gemacht. Im Hinblick darauf bin ich der Ansicht, es könne keine Rede davon sein, diese Leute wieder auszusiedeln. Hier handelt es sich um unwiderrufliche Tatsachen, über die ich denen berichten werde, die es angeht. Man hat ein gigantisches Werk vollbracht, und ich stelle mir nicht vor, daß die nunmehrige Ordnung in den polnischen Westgebieten der geringsten Änderung unterliegen könne.»